



Deutsche Burschenschaft

Presse - Informationen

Stuttgart/München, 28. März 2006

SPD-Parteivorstand knickt vor Jusos ein

Mit großem Unverständnis hat die Deutsche Burschenschaft den noch nicht rechtsgültigen Beschluß des SPD-Parteivorstands vom 27. März aufgenommen, eine Unvereinbarkeit bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in SPD und Burschenschaftlicher Gemeinschaft (BG), einem Interessenverband innerhalb der Deutschen Burschenschaft, festzustellen.

Die Burschenschaft Alemannia Stuttgart als Vorsitzende der Deutschen Burschenschaft (DB) und die Münchner Burschenschaft Danubia als Vorsitzende der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) erklären heute übereinstimmend: „Die Deutsche Burschenschaft wird sich von der SPD nicht auseinanderdividieren lassen!“

Sowohl Deutsche Burschenschaft als auch Burschenschaftliche Gemeinschaft weisen die unhaltbaren Vorwürfe der Herren Böhning, Annen und Vogt zurück und bedauern zugleich, daß der Parteivorstand der SPD unter den Forderungen ihres offensichtlich ideologisch motivierten Jugendverbandes, den Jusos, eingeknickt ist.

Der Dialog mit den durch den Unvereinbarkeitsbeschluß betroffenen Personen wurde von der SPD leider verweigert. „Dabei bestehen doch erhebliche Zweifel, über welche Informationen die Mitglieder des Parteivorstandes in Bezug auf die Deutsche Burschenschaft und die Burschenschaftliche Gemeinschaft überhaupt verfügen. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, daß sich hier der Parteivorstand ohne Sachkenntnis von den Jusos ins Boxhorn hat jagen lassen. Einmal mehr geben die Jusos zu erkennen, daß sie fest in ihrem Schubladendenken gefangen sind“, so Stefan Teufel, Sprecher der Deutschen Burschenschaft.



Deutsche Burschenschaft

Presse - Informationen

Weiter erklärt er: „Eine solche Kollektivverurteilung, wie sie jetzt mit einem solchen undifferenzierten Unvereinbarkeitsbeschluß vorgenommen wurde, erinnert doch sehr stark an die Methoden der sowjetischen Geheimpolizei NKWD und die Ideologien des Stalinismus.“

Als zentraler Bestandteil burschenschaftlicher Grundsätze steht der Freiheitsbegriff, der von jedem Burschenschafter fordert, daß er sich die innere Freiheit des Geistes selbst erwirbt. Der Burschenschafter soll frei von Vorurteilen, unabhängig und selbständig im Denken sowie freimütig und tatkräftig in der Vertretung der eigenen Meinung sein. Bedauerlicherweise stellen sich die SPD und vor allem die Jusos mit diesem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen diese burschenschaftlich-freiheitlichen Ideale, die eigentlich auch Grundkonsens unserer gesamten Gesellschaft sein sollten. Sowohl die Deutsche Burschenschaft als auch die Burschenschaftliche Gemeinschaft werden ihrerseits von einem förmlichen Unvereinbarkeitsbeschluß mit der SPD abschen, da sie ein solches Vorgehen als undemokratisch, anti-freiheitlich und unakademisch erachten.

Die Deutsche Burschenschaft und die Burschenschaftliche Gemeinschaft stellen mit Bedauern fest, daß die SPD mit diesem Unvereinbarkeitsbeschluß an undemokratische Traditionen aus Zeiten vor den Godesberger Beschlüssen anknüpft, und ruft die verantwortlichen Mitglieder der SPD auf, diesen eingeschlagenen Weg noch einmal zu überdenken.

Daher appellieren die Deutsche Burschenschaft und die Burschenschaftliche Gemeinschaft an den Parteirat der SPD, diesen Beschluß des Vorstandes nicht wirksam werden zu lassen und den demokratischen Diskurs an die Stelle undifferenzierter und haltloser Hetze und Ausgrenzung zu setzen! Die Deutsche Burschenschaft und Burschenschaftliche Gemeinschaft stehen weiterhin geschlossen zum demokratischen Diskurs bereit!

Burschenschaft Alemannia Stuttgart
Vorsitzende der Deutschen Burschenschaft

Münchener Burschenschaft Danubia
Vorsitzende der Burschenschaftlichen Gemeinschaft